

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei.

No. 36.

Leipzig, den 5. September.

1868.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Platze einschließlich Bringerlohn 12½ Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren M. Dolge am Markt, G. Reichert Hainstraße 27, G. Hofmann Brühl 40, G. Dehler Neumarkt 6, G. Richter Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein Universitätsstraße und die Expedition d. Blattes G. W. Bollrath Bindmühlent. 14. Für Dresden Filialexpedition F. W. Grellmann Wallstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika etc. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square. London.

Inhalt: Politische Uebersicht. — „Das Kapital“ von Karl Marx. — Die demokratischen Ziele und die deutschen Arbeiter. — Was nützen die stehenden Heere? — Ein „Volksaufklärer“. — Aus England. — Aus Amerika. — Beilage: Zur Orientalischen Frage. — Die „Gartenlaube“ betreffend.

Politische Uebersicht.

Unsere Nationalliberalen sehen „Reaktion“, wie weiland der alte Eisenmann, und die „Kreuzzeitung“ sieht Kriegsgefahr — das ist das Neueste; und psychologisch merkwürdig ist's, wenn man die müdenhaft geringfügigen Ereignisse, welche in beiden Fällen den Staat gestochen haben: die Nichtbestätigung eines „nationalliberalen“ Schulmanns, und das Erscheinen eines französischen Kriegsdampfers an der Gens.-Mündung — mit den elefantenartig-massiven Thatsachen vergleicht, die seit 1½ Jahren von den Nationalliberalen und der „Kreuzzeitung“ ruhig verschluckt worden sind. — Was die Nationalliberalen anbelangt, so sehen sie beiläufig nicht bloß „Reaktion“, sondern auch noch andere unliebsame Dinge. Zum Beispiel die Stimmung in den „annektirten“ Ländern will ihnen gar nicht gefallen. Verschiedener zerknirschten Geständnisse haben wir schon früher Erwähnung gethan; und die „Besserzeitung“, in welcher der pausbacige „immer lustige“ Braun sein bachantisches Wesen treibt, winselte dieser Tage in einem Artikel aus Kurhessen: „Wer die Stimmung des Landes jetzt nicht fälschen will, wenn er sie darstellen soll, muß einräumen, daß man wenigstens jetzt den Sturz der neuen Regierung mit noch größerer Theilnahmlosigkeit und Schadenfreude ansehen und begrüßen würde, als den der alten im Jahre 1866.“ Somit wäre von den Bestgefinnten das Schlimmste bestätigt, was die Schlechtgefinnten je über die Stimmung in Kurhessen gesagt haben.

Der preußische Landtag „kann“, der „Provinzialcorrespondenz“ zufolge, nicht vor Mitte November zusammentreten. Das heißt in gewöhnliches Deutsch übersetzt: die Regierung „kann“ bis Mitte November warten, ehe sie das „Geldbewilligungsrecht“ des Landtags in Anspruch nimmt. Das Defizit läßt sich bis dahin durch geschickte Finanzmandöver ausfüllen, Herr von der Heydt ist ja ein geübter Finanzmann, der sich auf das „Zurechtfechten“ der Ausgabe- und Einnahme-Posten versteht. Und den Landtag früher, als absolut nöthig ist, zusammenberufen, liegt durchaus nicht im Interesse des Ministeriums. Es ist nämlich neuerdings eine Anklage gegen dasselbe erhoben worden, die einfach unwiderleglich ist, und

welche die „fromme Denkungsart“ auch der servilsten Volksvertretung in Drachenblut verwandeln muß. Die Anklage geht von der Provinzialregierung in Königsberg aus, und läuft darauf hinaus, daß das Staatsministerium schon am 11. Oktober des vorigen Jahres von dem Nothstand in Ostpreußen unterrichtet war. Um die Schwere der Anklage würdigen zu können, muß man ins Auge fassen, daß noch 3 Monate später das Vorhandensein irgend welchen Nothstands von dem Ministerium in Abrede gestellt ward!

Bekanntlich hat der Nothstand in Ostpreußen nie aufgehört, und geht die Provinz wegen des abermaligen Mißwachses einem schrecklichen Winter entgegen. Unter diesen Verhältnissen ist nachstehende Verfügung, welche das „Gumbinner Kreisblatt“ vom 21. August bringt, recht zeitgemäß: „Die königl. Regierung hat die für das 1. Semester d. J. zur Niederschlagung liquidirten Klassensteuerbeträge nicht in Abgang stellen lassen, vielmehr angeordnet, daß die Einziehung der noch ausstehenden Reste durch Beschlagnahme des Arbeitsverdienstes, Tagelohns u. s. w. wiederholt versucht werde. Demgemäß habe ich die für das 1. Semester d. J. von den betreffenden Erhebern gefertigten Ausfallslisten den betreffenden Exekutoren mit der Weisung zugehen lassen, die ausgeführten Steuerrestanten zur Zahlung nochmals exekutivisch anzuhalten u. s. w.“ Der schärfste Commentar wäre Abschwächung.

Trotz der Rehabilitirung Manteuffel's werden die Beziehungen zwischen Preußen und Oesterreich immer kühler, oder, um uns genauer auszudrücken, die österreichische Regierung hält es nicht mehr für gerathen, aus ihrer Gesinnung gegen Preußen ein Hehl zu machen. Ein Umstand für viele. Im Mai d. J. brachte die „Augsburger Allgem. Zeitung“ einen Artikel, der den Beweis zu führen suchte, Oesterreich habe die Gasteiner Convention bloß in der Absicht, Zeit für Rüstungen zu gewinnen, abgeschlossen. Auf diesen, dem reaktionären österreichischen Grafen Bloome zugeschriebenen Aufsatz kamen die Berliner Soldschreiber nach Veröffentlichung der Usedom'schen Note zurück, um den Schluß zu ziehen, Preußen habe 1866 nur gethan, wozu es zu seiner Vertheidigung und im Interesse der Selbsterhaltung gezwungen gewesen. Hiergegen wendet sich nun die Wiener „Abendpost“, das spezielle Organ des Herrn von Beust. Sie schreibt:

„Preußische Blätter von anerkannt offiziöser Färbung waren in neuester Zeit bemüht, den tiefen Eindruck, welche die Publikation der bekannten Usedom'schen Devisen in allen politischen Kreisen Europa's hervorgerufen, dadurch abzuschwächen und zu paralyßiren, daß sie auf einen Artikel der „Augsb. Allg. Zig.“ noch aus dem Monate Mai dieses Jahres, welcher von eingeweihter

Seite Enthüllungen über die angebliche Genesis des Gasteiner Vertrages bringen wollte, zurückgriffen und aus diesem Artikel die Insinuation reproduzirten, daß Oesterreich schon vor Abschluß des Gasteiner Vertrages den Krieg gewollt und jene Abmachung nur geschlossen habe, um Zeit zu den weiteren Rüstungen zu gewinnen. — — —

Die in dem Aufsatze der „Allg. Ztg.“ enthaltene und von der preussischen Presse zur Beschönigung der eigenen Politik hervorgerollte Insinuation, daß sei der Gasteiner Vertrag von Seite Oesterreichs mit der reservatio mentalis eines beschlossenen Krieges vereinbart worden, sind wir in der glücklichen Lage, an der Hand geschichtlicher Thatsachen als böswillige Unterstellung entschieden zurückweisen zu können, da ein Staat, welcher durch einen Scheinvertrag nur Zeit zu Rüstungen gewinnen will, nach Abschluß des Vertrages nicht abruhen wird, wie dies Oesterreich im Herbst 1865 laut geschichtlichem Zeugnisse thatsächlich gethan. Sicher hätte ein schon im Sommer 1865 auf Krieg spekulirendes Oesterreich seine Rüstungen nicht erst zu einer Zeit aufgenommen, wo es leider zu spät war, der vollen Kriegsbereitschaft der zweiten vertragsschließenden Macht anders als im halb fertigen Zustande entgegenzutreten. Wir glauben, diese geschichtliche Thatsache genügt zur Zurückweisung der vorherührten Insinuation.“

Graf Bloome, dem die „Abendpost“ in demselben Artikel die Pistole auf die Brust setzte, hat seitdem durch die Redaktion der „A. U. Z.“ erklären lassen, daß er den fraglichen Aufsatz nicht verfaßt; und die preussischen Soldschreiber müssen nun beschämt die Küßhörner einziehen.

Auf einigen der österreichischen Landtage regt sich ein frisches Leben. Im niederösterreichischen Landtage brachte Dr. Kopp und Genossen folgenden Dringlichkeitsantrag ein: „Die Landesordnung und Landtags-Wahlordnung für das Erzherzogthum Niederösterreich ist zu revidiren und mit der Ausarbeitung des revidirten Entwurfes ein Ausschuß von 12 Mitgliedern niederzusetzen.“ Nach kurzer Debatte erklärte sich die Mehrheit für die dringliche Behandlung des Gegenstandes, und es ward dann weiter beschlossen, den Gegenstand dem bereits bestehenden Ausschusse für Landesverfassung und Gemeinbeangelegenheiten zur Berichterstattung zu übergeben. Die Antragsteller sind für Einführung des allgemeinen Stimmrechts. Im Borsarlberger Landtag ist ein Antrag eingebracht, der die Arbeitszeit auf 12 Stunden täglich, Sonnabends auf 11 Stunden reduziert. Das sind erfreuliche Zeichen und den Czechen, Pfaffen und Junkern wird es nicht gelingen, den Fortschritt aufzuhalten. Von dieser Seite hat die Regierung nichts zu fürchten, wohl aber von der eignen Verblendung. Man lese nur: „Prag, 26. Aug. Das Oberlandesgericht hat über Berufung des Redakteurs der „Politik“ Nedoma, gegen die in erster Instanz gefällten Urtheile: das auf vierzehn Monate Kerker und 1500 fl. Kautionsverlust lautende Urtheil auf achtzehn Monate Kerker und 2000 fl. Kautionsverlust, ferner die auf vier Monate Kerker und 1200 fl. Kautionsverlust ausgesprochene Strafe auf achtzehn Monate Kerker und 1500 fl. Kautionsverlust verschärft, endlich, das in erster Instanz auf achtzehn Monate Kerker und 2000 fl. Kautionsverlust lautende Urtheil bestätigt.“

— Das Obergericht hat in dem Hochverrathesprozeß gegen Papak das auf fünf Jahre Kerker lautende Urtheil erster Instanz auf zehn Jahre Kerker verschärft; gegen den Redakteur der „Politik“, Kulhanek, beantragte der Staatsanwalt eine sechsmonatliche Arreststrafe und 250 fl. Kautionsverfall.“ Ist das nicht Bahnhwiz? Begreift die österreichische Regierung — denn sie ist für diese skandalösen Urtheile verantwortlich — begreift die österreichische Regierung nicht, daß sie durch solche Verfolgungen sich das jämmerlichste Armuthszeugniß ausstellt und der Sache der Czechen nur nutzt, indem sie Thoren zu Märtyrern macht und ihnen Sympathien verschafft?

In Brünn sind die österreichischen Lehrer versammelt und, angefeuert durch das Narrenwort von den preussischen Schulmeistern, welche die Schlacht von Königgrätz gewonnen, haben die Bösen es darauf angelegt, sich an ihren, neulich in Kassel versammelten Kollegen durch den Contrast österreichischer

„Dummheit“ mit norddeutscher „Intelligenz“ zu revanchiren. Unter andern haben diese „Dummen“ österreichischen Schulmeister den Beschluß gefaßt, darauf hinzuwirken, daß in den Schulen das Studium der Verfassung und der Gesetze zum Gegenstand des Unterrichts gemacht werde.

In Frankreich das alte Spiel: Friedensbetheuerungen und Kriegsrüstungen. Die beunruhigendsten Gerüchte laufen um und werden geglaubt; und die allgemeine Ungewißheit liegt lähmend auf Handel und Geschäften. Niemand, die Kresuren des zweiten Dezembers ausgenommen, will den Krieg, dennoch zweifelt Niemand an dem baldigen Ausbruch des Krieges. Und je größer die Abneigung gegen den Krieg und die zweideutige Politik der Regierung, desto größer die Gefahr des Krieges — denn der Krieg ist der einzige Blickleiter der öffentlichen Unzufriedenheit. — — Die Neuwahlen stehen auf der Thüre und es gilt, die Gemüther in die erforderliche Befassung zu bringen. Wird kein „großer Schlag“ geführt, ist für die Regierung das Schlimmste zu befürchten.

Ein französisches Blatt stellt die Resultate der verschiedenen Nachwahlen zusammen, welche seit den allgemeinen Wahlen von 1863 Statt gefunden haben. In diesem Jahre selbst hatte das allgemeine Stimmrecht der Regierung im Ganzen 1,032,367 und der Opposition 307,290 Stimmen in den 52 Wahlbezirken gegeben, in welchen seitdem Nachwahlen vorgenommen worden sind. In diesen verschiedenen Nachwahlen nun hat die Regierung zusammen genommen 849,759 gegen 525,290 Stimmen, welche auf oppositionellen Kandidaten fielen, erhalten. Während also die Stimmzahl zu Gunsten der Regierung sich zu der zu Gunsten der Opposition im Jahre 1863 noch verhielt wie 5 1/2 zu 2, verhält sie sich jetzt, nach den von 1863 bis jetzt vorgenommenen Nachwahlen zu schließen, nur noch wie 5 zu 3 1/2.

Wahrlich, das Kaiserreich hat keine Zeit zu verlieren, oder es stirbt durch seine eigne Waffe, das Suffrage Universel.

Im Juradepartement erlitt die Regierung bekanntlich jüngst durch die Wahl des Republikaners Grevy eine schwere Niederlage. Aus demselben Departement wird jetzt weiter gemeldet, daß der Affsenhof in diesem Jahr aus Mangel an Verbrechern keine Sitzungen halten kann. Das Juradepartement zeichnet sich noch außerdem dadurch aus, daß der Elementarunterricht dort verbreiteter ist, als in irgend einem andern Departement Frankreichs. Bildung, Moralität und republikanische Gesinnung — der Cäsarismus hat längst den geheimnißvollen Zusammenhang gewittert, der zwischen diesen drei Dingen besteht, und führt darum auch allüberall Krieg auf Leben und Tod gegen die Bildung und Moralität, damit die republikanische Gesinnung ja keinen Boden gewinne, aus dem sie emporkeimen kann.

Die Königin von Spanien scheint jetzt entschlossen zu sein, den letzten Nothanker verzweifelnder Despoten auszuwerfen: nach den neuesten Berichten soll General Concha den Auftrag erhalten haben, ein „liberales Ministerium“ zu bilden. Louis Philipp von Frankreich versuchte dasselbe am 24. Februar, und das Volk antwortete: Zu spät! Und Louis Philipp war Meister in der Staatschiffkunst, während Isabella eine thörichtes, schlechterzogenes, launenhaftes Weib ist, und kein Werkzeug in den Händen politischer Abenteurer.

Wie der ministerielle „Standard“ anzeigt, wird das englische Unterhaus am 9. Nov. aufgelöst werden, und sollen die Wahlen in den Städten am 13., in den Grafschaften am 16. Nov. stattfinden. Beide Häuser würden dann wahrscheinlich schon in der zweiten Woche des Dezember zusammenkommen, wenn die Opposition die Majorität gewinnt und es eilig sein kann sie bereits auf Weihnachten im Besitz der Regierung sein.

Freilich, ob sie die Mehrheit gewinnen wird, ist sehr die Frage. Nicht als ob an eine geschlossene ministerielle Majorität auch nur entfernt zu denken wäre; aber das, was sich jetzt „liberal“ nennt, und als „liberale Partei“ bezeichnet wird, ist ein aus so verschiedenartigen Elementen bestehender Haufen, daß es einem geschickten Gegner, wie Disraeli, kaum mißlingen kann, Unordnung und Zwietracht in das feindliche Lager zu bringen.

Das Verbot der polnischen Sprache, welches bisher nur für Lithauen galt, ist nun auch auf die Gouvernements Kiew, Polhynien und Podolien ausgedehnt worden. Die betreffenden Polizeibehörden sind angewiesen, „streng darüber zu wachen, daß an öffentlichen Orten, wie auf Straßen, in Restaurationen, Kaufläden, amtlichen Lokalen, bei Versammlungen, auf den Kirchhöfen, vor und nach dem Gottesdienst zc. nicht polnisch gesprochen werde, und daß diejenigen, welche dem Verbote zuwiderhandeln, zu fühlbaren Geldstrafen herangezogen werden.“ Das Wort „fühlbar“ ist elastisch, und so kommt es denn, daß die russischen Behörden ganz nach Willkür verfahren und mitunter bis zu 400 Silberrubel Geldstrafe verhängen.

Mirakel! Mirakel! Nachdem wir seit langen Jahren nur von Staaten gehört, die in Folge der grassirenden Soldatenkrankheit mit Schulden beladen sind und am Schluß jedes Finanzjahres mit einem Deficit vor das Publikum zu treten haben, erfahren wir jetzt plötzlich von einem Staat, der dem ersäunten Blick statt des modischen Deficits einen Einnahmeüberschuß, und zwar von 1½ Millionen darbietet. Und wer ist dieser wunderbare Staat? Leider kein „Culturstaat“, sondern ein „barbarisches“ Land, die Türkei, die uns schon neulich einmal in ähnlicher Weise überraschte: durch Trennung der Schule von der Kirche. Wie gern gäben wir den Türken manch recht, recht großes Stück unserer „Civilisation“ und holten uns dafür bei ihnen eine Portion „Barbarei“!

Die letzten Berichte aus Südamerika melden die Käumung der Paraguyitischen Festung Humaitu. Nachdem ein Sturm der Allirten mit großem Verluste abgeschlagen war, gaben die Belagerten die zu umfangreichen Werke auf, um einige Stunden entfernt eine vortheilhaftere Stellung einzunehmen.

Der Redakteur dieses Blattes wurde in Sachen des Herzogs von Coburg am Dienstag gerichtlich vernommen. Er erklärte, den Beweis der Wahrheit antreten zu wollen.

Am 6., 7. und 8. September, also gleichzeitig mit dem Deutschen Arbeitertag, soll in Genua ein Italienischer Arbeiterkongreß stattfinden, der zwölfte (?) seit dem Bestehen der Arbeitervereine in Italien. Der letzte wurde im Jahr 1866 in Neapel abgehalten.

Ein Anbeter des Heiligen von Barzin (der verstellten Handschrift nach zu urtheilen den „gebildeten Ständen“ angehörig) hat dem Redakteur dieses Blatts aus London (wo der „Staat des deutschen Berufs“ einen Gesandten und Duzende von Spionen unterhält) folgenden Brief zugesandt, den wir als gelungenes Erzeugniß der preußischen Schulregulative den Lesern mittheilen zu müssen glauben:

„Sie sind ein Einfaltspinsel wie es nur wenige giebt. Sie sind ein wahrer Blutsauger, da sie dem armen Arbeiter für Ihren Quatsch das Geld, wenn es auch nur ein Groschen ist, aus der Tasche locken.

Ich wünsche nur, daß Sie bald unter Preußen kämen; sein, es ist noch zu gut für Sie; nach Mecklenburg sollten

Sie — die Krute müssen Sie bekommen, denn die sind Sie werth.

Solch elendes Blatt wie das Ihrige! es ist ein wahrer — und nicht einen Pfennig werth; ich sende Ihnen den Dreck hiermit zurück.

Jakob.“

Daß dieser anonyme Biedermann die preußische Herrschaft uns als Strafe wünscht, ist heiläufig eine Offenherzigkeit, für die wir ihm dankbar sind. Er sieht nicht nur nicht durch eine nationalliberale Verschönerungsbrille, sondern ist sogar ein wenig ungerecht gegen Preußen, das er in puncto des „Liberalismus“ à la Bismarck hinter Mecklenburg stellt; man sollte fast meinen, er habe die Duisburger Massenprügeleien noch nicht gekannt.

„Das Kapital.“ Kritik der politischen Oekonomie von Karl Marx. Hamburg 1867.

(Fortsetzung u. Schluß.)

Der Verfasser ist der erste, der die soziale Frage in dieser Weise klar formulirt. Er hat zuerst erkannt, daß die Erzeugung der materiellen Lebensbedürfnisse längst eine gesellschaftliche Angelegenheit gewesen und berufen ist, auch nunmehr mit Bewußtsein dazu gemacht zu werden. Die politische Oekonomie ist ihm nicht eine feste Substanz, eine Summe „ewiger Wahrheiten“, sondern eine flüssige Entwicklung. Sie ist die Basis der Kulturgeschichte. Die bisherige Kultur besteht in den Fortschritten der Produktivkraft menschlicher Arbeit. Letztere war das treibende Motiv, und der Mensch und seine geschichtlichen Wandlungen nur Momente ihrer Entwicklung.

Dieser Kraft ist es in neuerer Zeit gelungen, sich bis zu einem Punkte zu kultiviren, wo sie einen Nationalreichtum erzeugt, der, statt die Nation so viel reichlicher leben zu lassen, sie zu verhungern und verlumpen droht. Unser Nationalreichtum ist bekantlich in Händen weniger Einzelner. Die ökonomische Entwicklung hat es erfordert, ihn derart zu konzentriren. Wo jeder Bauer ein Stückchen Land apart hat, und jeder Weber auf eigenem Stuhl webt, ist die moderne Methode der Arbeit, welche in derselben Zeit vielleicht fünfzigfaches leistet, unmöglich. Damit sich der Mensch nicht mehr abplage, als es die Natur der Dinge erfordert, müssen Landparzellen und Webstühle, kurz, die Arbeitsmittel zusammengerückt sein. Das physikalische Gesetz, welches einerseits den Hebel verlängern heißt, um andererseits ein größeres Gewicht zu bewegen, erscheint wieder in der politischen Oekonomie, wo wir die Fähigkeit, in gegebener Zeit viel zu produziren, nur unter der Bedingung vermehren, daß wir andererseits die Instrumente, die Arbeitsmittel, vergrößern. In Folge dieses Gesetzes entstand die kapitalistische Produktion. Kapitalien sind Arbeitsmittel, welche im Verlauf der Entwicklung so frei, groß und mächtig geworden sind, daß nicht der lebendige Arbeiter, sondern diese sachlichen Mittel das dominirende Element der Arbeit bilden. Das Kapital, eine Sache, ist lebendig, produziert selbstständig, „hekt lebendige Junge, oder legt goldene Eier“, wie der Verfasser treffend sagt. Nicht die Arbeit, das Kapital empfängt den Mehrwerth, den Gewinn, den Profit, den Zins, den Reichtum. Die bisherige Oekonomie hat ohne Rücksicht auf den Menschen nur den Arbeitsprozeß kultivirt, diese Kultur hat ihren Höhepunkt daran erreicht, daß der ergänzende Theil, daß der erhöhten Produktion der erhöhte Konsum mangelt.

Eine Fundamentaltendenz der kapitalistischen Wirthschaft geht dahin, mit der geringsten Kraft das Meiste zu produziren. Dazu gehörte nun die Freiheit der „freien Konkurrenz“. Sie schaffte das Weitere. Sie zwang und zwingt die kleinen Ar-

beitsmittel zu Gunsten der größeren, die Arbeit einzustellen. Sie vermindert die Zahl der Kapitalisten und vermehrt die Zahl der Arbeiter. Da gleichzeitig diese Produktion darauf ausgehen muß, den Arbeiter oder vielmehr seine Arbeitskraft für möglichst geringen Preis zu kaufen, die Arbeiter nicht nach dem Maße dessen zu belohnen, was erzeugt wird, sondern nur nach dem Minimalmaß dessen, wofür sie zu haben, womit sie zu erhalten sind, so erwächst nothwendig dem überfüllten Güterdepot der Gesellschaft eine zahlungsunfähige Kundschaft. Seit Jahrzehnten schwebt die Industrie zwischen Krise und Prosperität auf und ab. Kaum gelingt es hin und wieder einer Branche sich zur vollen Kraftentfaltung zu heben, so darf sie sicher sein, daß dem Hochmuth bald der tiefe Fall folgt. Der Arbeitsprozeß stagnirt, die Gesellschaft lebt in Noth und Sorge — weil sie nicht zu konsumiren weiß.

Jedoch „stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind.“ Der Verfasser hat es sich besonders angelegen sein lassen, in detaillirter Ausführung und mit authentischen Belegen an der Fabrik-Gesetzgebung Englands, dem industriellen Musterlande, nachzuweisen, wie die Konsequenzen der kapitalistischen „Freiheit“ zu der Inkonsequenz zwingen, die Nationalökonomie ferner nicht mehr ihrem blinden Selbst zu überlassen, sondern den Vorschriften des menschlichen Verstandes zu unterwerfen. Einst mußte die Arbeit befristet werden, um sie leistungsfähig, während nunmehr die Leistungsfähigkeit organisiert sein muß, um sie dienstbar zu machen.

Allerdings will sich unsere, mit dem überkommenen Dogma der Freiheit vernagelte Welt nur widerwillig und langsam dazu verstehen. „Die Schöpfung eines gesetzlichen Normal-Arbeitstages ist daher das Produkt eines langwierigen mehr oder minder versteckten Bürgerkriegs zwischen der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse.“ Aus der atemmäßigen Darstellung dieses Krieges hat der Autor ein wundervolles Bild gemacht. „Wie der Kampf eröffnet wird im Umkreis der modernen Industrie, so spielt er zuerst in ihrem Heimathland, England. Der Fabrikphilosoph Ure denunzirt es daher als unauslöschliche Schmach der englischen Arbeiterklasse, daß sie die „Sklaverei der Fabrikakte“ auf ihre Fahne schrieb gegenüber dem Kapital, das männlich für vollkommene Freiheit der Arbeit stritt.“ „Die englischen Fabrikarbeiter waren die Preisfechter nicht nur der englischen, sondern der modernen Arbeiterklasse überhaupt.“ „Frankreich hinkt langsam hinter England her.“ „In den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika schreitet die Achtstundennagitation mit den Siebenmeilenstiefeln der Lokomotive vom atlantischen bis zum stillen Ocean aus.“ Der allgemeine Arbeiterkongreß in Baltimore (16. August 1866) der Internationale Arbeiterkongreß in Genf (September 1866) stimmen in ihren Erklärungen mit dem englischen Fabrikinspektor R. J. Saunders: „Weitere Schritte zur Reform der Gesellschaft sind niemals mit irgend einer Aussicht auf Erfolg durchzuführen, wenn nicht zuvor der Arbeitstag beschränkt und seine vorgeschriebene Schranke strikt erzwungen wird.“ „Was ist ein Arbeitstag?“ — fragt der Verfasser — „das Kapital antwortet: der Arbeitstag zählt täglich volle 24 Stunden, abzüglich der wenigen Ruhestunden, ohne welche die Arbeitskraft ihren Dienst absolut versagt ... Zeit zu menschlicher Bildung, zur Erfüllung sozialer Funktionen, zu gefelligem Verkehr, zu freiem Spiel der physischen und geistigen Leibeskräfte, selbst die Freierzeit des Sonntags — und wäre es im Lande der Sabbathheiligen — reiner Firlefanz! Aber in seinem maßlos blinden Triebe, seinem Behrwohlsheißhunger nach Mehr-

arbeit überrennt das Kapital nicht nur die moralischen, sondern auch die rein physischen Maximalschranken des Arbeitstages. Es usurpirt die Zeit für Wachstum, Entwicklung und gesunde Erhaltung des Körpers. Es raubt die Zeit, erhebt zum Verzehr von freier Luft und Sonnenlicht. Es knickt an der Mäßigkeit und einverleibt sie, womöglich, dem Produktionsprozeß selbst, so daß dem Arbeiter als bloßem Produktionsmittel Speisen zugeföhrt werden, wie dem Dampfmaschinen Kohlen und der Maschinerie Talg und Del.“ „Das Kapital ist ein Zwangsverhältniß, welches die Arbeiter zwingt, mehr Arbeit zu verrichten, als der enge Umkreis ihrer eigenen Lebensbedürfnisse vorschreibt. Als Produzent fremder Arbeitskraft übergipfelt es an Energie, Maßlosigkeit und Wirksamkeit alle früheren auf direkter Zwangsarbeit beruhenden Produktionsysteme.“ Mit Beziehung auf die Ausführungen Liebig's über den Raubcharakter der modernen Landwirtschaft sagt der Verfasser: „Die kapitalistische Produktion entwickelt nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichthums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“

Und schließlich, wie reich und schlagend sind die Belege, wie unübertroffen die Form, mit welcher der Verfasser seine Sätze illustriert! Kein unbefangener Leser, Keiner, dem nicht interessirte Borurtheile das Verständniß verschließen, kann bei dieser Darstellung der Ueberzeugung entschlagen, daß die soziale Frage nicht nur eine Frage der Arbeiterklasse, sondern eine Lebensfrage der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt ist.

St. Petersburg.

Joseph Dieggen.

Die demokratischen Ziele und die deutschen Arbeiter.

(Fortsetzung.)

Es konnte nicht fehlen, daß hier und da die Krater des künstlich verstopften Vulkanes sich gewaltsam öffneten, — das in Frankreich, Italien und Deutschland der unertödtbare Volksgewiß sich erhob gegen die erwähnten Masken-Batterien des Absolutismus, die Anknüpfung mit den Ideen von 1789 versuchte, um den Volks- und Rechtsstaat aus der Verpöbelung in die Wirklichkeit zu übertragen. Wir nennen drei solche Versuche:

1. Die Juli-Revolution von 1830. Sie wurde ausgenutzt durch die Bourgeoisie für die Präventiv-Constitution von Orleans, für die Affecuranz der Geldsäcke. 2. Die Februar-Revolution von 1848. Sie wurde verrathen durch die Allianz der „Halben“ mit den Abenteurern und Glückseritern des Bonapartismus. 3. Die deutsche Revolution von 1848 und 49.

Sehen wir uns die Natur dieser deutschen Bewegungen näher an. Einheit und Freiheit waren die Lösungswörter gewesen, die vom württembergischen Verfassungskampfe bis zum deutschen Parlament die Männer des Liberalismus beschäftigt verwirrt und schwankend gemacht hatten. Beide Schlagwörter standen einander im Wege. Es lag dies an der Vielstaaterei und an dem unglückseligen Dualismus Preußens und Oesterreichs, der zuerst dazu beitrug, in den konstitutionellen Staaten Südwestdeutschlands den Hebel zur Schaffung eines freien Deutschlands zu erblicken, und dann als man sich von der Unzuverlässigkeit dieses Hebels überzeugt, die öffentliche Meinung in einem Anfall von politischem Fatalismus nach der „preussischen Spitze“ hindrängte.

Da plakte mitten in den Hegenabbath der preussischen Kaiserschwärmerei, des liberalen Sturmes und Dranges, der literarischen Brandraketen, der romantischen Staats-Ideen, der religiösen Bewegung und des allgemeinen europäischen Hungers

die Pariser Februar-Revolution hinein. Sie fand Zündstoff und Lumpen genug, aber keine geschickten Feuerwerker und Strategen. Sie überraschte gleichmäßig Liberale und Radikale. — Ein Umstand, ein charakteristisches Merkmal der 48er Bewegung machte sich besonders geltend. Die soziale Revolution, verkannt, vergessen und verachtet von den deutschen Liberalen, hatte die französischen Grenzen leise überschritten, hatte sich mit ihrer deutschen Schwester in den Fabriken und Weberdörfern vereinigt und heischte, wie die zertretene Gewissensfreiheit, ihre Anerkennung neben der politischen Frage. Waren es nicht verkörperte Nachgedanken, finstere anarchische Dämonen, welche den Ruf nach Brot unheimlich in die Ohren der Satten und Ueberfättigten gellten? Ach nein, die deutschen Arbeiter wollten nur Gerechtigkeit, sie forderten nur ein menschenwürdiges Dasein, nur die Befreiung aus der Zwingherrschaft des Kapitals, nur das Recht, ihren leiblichen und geistigen Hunger stillen zu dürfen; und wenn sie zuweilen irrten und sich von einer leicht erklärlichen Erregtheit zu anarchischen Exzessen hinreißen ließen, so war dies einzig und allein die Schuld ihrer Lehrmeister und Vormünder, die Schuld der staatlichen „Vorsiehungen.“

Gegenüber nun diesem gewaltigsten Aufstauchen der drei unzertrennlichen Fragen, der politischen, sozialen und religiösen, hatten die Liberalen theils nicht Muth, theils nicht Ehrlichkeit genug, die eisernen Consequenzen von 1789, von 1808 und 1813 durchzuführen. Sie zogen es vor, die soziale Bewegung, die mehr als Phrasen von ihnen forderte, zu verleumdern, die Demokratie unter der Keckermütze des „rothen Gespenstes“ und der „Anarchie“ an die „Gesellschafts-Ketter“, an die Reaktion zu verrathen. So wurde der glühende Revolutionsstrom von 1848 und 49 gezwungen, vor den Thronen stehen zu bleiben, zu stagniren, zu erkalten. So war es den Liberalen noch einmal gelungen, die Krater zu verstopfen, daß deutsche Volk in die unsäglichste Verwirrung und Muthlosigkeit zu stürzen. Warum? Der Schein-Constitutionalismus, der ganz geschickt war zur blutigsten Henkerarbeit und drückendsten Inquisition, bot ihnen den Freiheitsritter, mit dem sie die Nacktheit ihrer kurzsichtigen Interessens-Politik, den Bankerott ihrer politischen Ideologie kunstreich zudecken konnten. Und was war die Folge dieses Frevels einer Partei, die bis zu den jüngsten Zeiten herab in erborgtem Prunk einherstolzirt ist? Die Liberalen, die Männer der „Halbheit“ hatten das Vertrauen zum Volke, zu den Regierungen und zu sich selbst verloren; sie waren weder tauglich, eine konservative Richtung, noch eine oppositionelle Richtung zu vertreten; sie waren aber nur dazu da, in den Tagen der schwärzesten Reaktion „allergetreueste“ Opposition zu spielen, die Glocken von Frankfurt läuten zu lassen; — sie dienten der Regierung, um derselben eine „neue Aera“ zu ermöglichen, dieselbe zu glorificiren, und ihr das Laviren aus dem „Niemals!“ in das Fahrwasser der deutschen Einheits- und Macht-Politik zu erleichtern; — sie vertauschten, geschickten Taschenspielern gleich, die Lösung Freiheit urplötzlich mit der Parole Einheit und Macht!

(Fortsetzung folgt.)

Was nützen die stehenden Heere?

Der griechische Philosoph Anaximander sagt: „Woraus das Dasein seinen Ursprung hat, dahin muß es auch nothwendig seinen Untergang haben.“ Auf keinem Gebiet des Le-

bens ist man weniger geneigt, die Wahrheit dieses Ausspruches gelten zu lassen, als auf dem politischen, und doch ist die ganze Geschichte nur ein fortlaufender Beweis für dieselbe. Das alte Rom eroberte und beherrschte den Erdkreis durch seine Heere, und die Heere waren es, welche den Cäsaren über den Kopf wuchsen, nach ihrem Belieben Kaiser ein- und absetzten, und Rom bis auf die äußere Form der Macht zerrieben, so daß es nur noch eines Fußtritts der Germanen bedurfte, um den ganzen morschen Plunder über den Haufen zu werfen. Demselben Schicksale werden auch die aus der Gewalt hervorgegangenen modernen Militärstaaten verfallen. Sie werden an dem Krebs des Militarismus innerlich ausfaulen, äußerlich noch eine Weile fortgrünen, wie hohle Weiden, und dann beim ersten Sturm zusammenbrechen.

Fragen wir einmal, was denn überhaupt die stehenden Heere, die von dem besten Mark des Staates zehren und dessen größten Theil unproduktiv verbrauchen, den Fürsten genützt haben?

Die stehenden Heere nahmen in Europa ihren Anfang seit dem dreißigjährigen Kriege. Bis dahin vertrauten die Fürsten die Sicherheit ihres Landes den Waffen ihrer Bürger und Bauern, zu denen sich im Kriegsfall gemietete Lanzknechte gesellten. Erst als der dreißigjährige Krieg, dem die kulturgeschichtliche Aufgabe gestellt zu sein schien, den Beweis zu liefern, welcher furchtbaren Verwilderung und Bestialität der Mensch fähig sei, beim Friedensschlusse unzählige, plötzlich brodos geworden Lanzknechtsbanden aller Nation zurückließ, singen die Fürsten an, aus diesem schrecklichen Bodensatz stehende Heere sich zu bilden. Die nächste Folge davon war, daß sich Bürger und Bauer der Waffenführung entwöhnten, und daß sie, ohnmächtig der Soldateska gegenüber, ihrer alten verbrieften Freiheiten verlustig gingen. Auf den allzeit schlagfertigen stehenden Heeren richtete sich die absolute Fürstengewalt auf, die es in ihrer Unumschränktheit im vorigen Jahrhundert bekanntlich bis zum wohlorganisirten und schwunghaften Menschenhandel mit den eigenen Unterthanen brachte. Schubart und Schiller haben diesen deutschen Landesvätern ein unvergängliches Schanddenkmal errichtet.

Wohl, man konnte dem Bürger, wenn er seine alten Rechte zurückforderte, die Pike durch die Brust rennen, oder eine Kugel vor den Kopf schießen. Aber konnte man auch den Ideen mit kaltem Eisen zu Leibe gehen? Es war unmöglich; denn so oft man es versuchte, wurden selbst die Steine lebendig, richteten sich aus dem Pflaster auf, wo sie bisher jeder mit Füßen getreten hatte, und schlugen die stehenden Heere in die Flucht.

In der sogenannten Nationalhymne Preußens kommt folgender Vers vor:

„Nicht Ross, nicht Reifige
Schirmen die steile Höh,
Wo Fürsten stehn;“

und noch immer ist dieser verhängnißvolle Vers zur Wahrheit geworden. Haben die Regimenter, welche Jakob II. von England zum größten Theil mit französischem Gelde unterhielt, ihn zu schützen vermocht, als er der verflümmerten Freiheit Großbritanniens den Gnadenstoß zu versetzen hoffte? Er mußte über den Kanal flüchten, und die Krone der Stuarts ist nicht wieder aus dem Meere aufgefischt worden. Ludwig XVI. und Marie Antoinette endeten auf dem Schafott, trotz aller Begeisterung, mit welcher die französischen Gardeoffiziere in der Drangerie von Versailles für sie zu sterben schwuren, und Karl X. und Louis Philipp mußten auf flüchtigen Söhnen das schöne Frankreich verlassen. Keine Armee vermochte sie an der mißbrauchten Macht zu erhalten, und auch der Märzmonat des

Zahres 1848 sah die Niederlagen der Garnisonen von Wien und Berlin. Wenn das Volk sich in seinem heiligen Zorn erhebt, dann knickt es die Armeen mit seiner Hand wie ein Rohr. Und wer ist schuld, wenn das Volk eines Tages seine Arbeit verläßt und durch die Straßen der Bürgermord rast, als jene wahnsinnige Verblendung, die sich im Verlaß auf Bayonette und Kanonen endlich jede Rechtskränkung und Willkür glaubt erlauben zu dürfen?

Aber wenn die Bayonette an der nackten Brust der Freiheit wie Glas zersplittern, haben sich die stehenden Heere der deutschen Fürsten etwa in dem Dynastenkrieg des Jahres 1866 bewährt? Mit nichten, und alle jene Unsummen, welche die stehenden Heere verschlungen hatten, erwiesen sich als in den Brunnen geworfen. Nicht der preussische Schulmeister, welcher die Jugend zur Begeisterung für den Kriegsrühm drückt, und nicht die heilige Zündnadel haben Deutschland bis an den Main unter die Botmäßigkeit Preußens gebracht, sondern der Wahn seiner Gegner, als könnte man im neunzehnten Jahrhundert noch Schlachten mit dem Korporalstode schlagen. Und doch brauchte man gerade die preussische Geschichte nur 50 Jahre zurückzublätern, um das Mittel zu finden, wie eben das mächtige Preußen zu besiegen gewesen wäre. Man hätte da gefunden, daß Preußen nur deshalb den Krieg mit dem mächtigen Napoleon aufzunehmen im Stande gewesen war, weil es von 1806—1813 in seiner Armee das Milizsystem eingeführt hatte, welches den Rekruten in wenigen Wochen ausercirirt und dann entläßt. Auf diese Weise war es dem kleinen Staate möglich, 1813 ein Volksheer aufzustellen, das siegreich war, weil jede Brust von Begeisterung für die Unabhängigkeit des Vaterlandes durchglüht war. Wie, wenn die deutschen Fürsten 1866 auf die überall laut werdenden Stimmen gehört und sich dem Volke in die Arme geworfen, es zu den Waffen gerufen hätten? In den Annalen Preußens glänzte heute kein Königsgrab. Es ist bekannt, wie auch das preussische Volk anfangs dem Kriege abgeneigt war. Der Umschwung in das Gegentheil hätte sich nimmer vollzogen, wenn den Zündnadeln ein Volksheer gegenüber gestanden hätte, welches von dem Gedanken der Freiheit und Unabhängigkeit durchflammt war. Es ist ein wahres Wort von Napoleon III., wenn auch in seinem Munde eine Phrase: „Ein erfolgreicher Krieg ist heute nur noch für eine Idee möglich.“ Das aber ist es, was die stehenden Armeen zu ändern als Polizeizwecken unbrauchbar macht: sie sind mit keiner Idee zu erwärmen. Der Samaschendienst tödtet den Geist und das Gefühl; darum fort mit den stehenden Heeren! Deutschlands Wiedergeburt kann nur durch ein Volksheer bewerkstelligt werden. Das Volksheer allein gewährt Garantie für Frieden, Wohlstand, Unabhängigkeit und Freiheit.

Ein „Volksaufklärer“.

Magdeburg, im August 1868.

I.

— In Nürnberg hat Uhlich unter Andern gesagt: „Der Magdeburger Arbeiter-Bildungsverein hat die Politik ausgeschlossen; da aber politische Bildung nöthig ist, so sucht der Verein sich selbige in andern spezifisch-politischen Vereinen zu erwerben.“

Eine größere Heuchelei, als in dieser Aeußerung liegt, ist nicht denkbar, und werden Sie aus dem Folgenden ersehen, wie Uhlich die Arbeiter hier im Interesse der Besitzenden in Dummheit zu erhalten und jede freie Meinungsäußerung sowie Geistesregung zu tödten versucht. Der Bildungsver-

ein, welchen ich mit Gründen half, dessen langjähriges Bestandsmitglied ich war, und von dem ich als Deputirter nach Frankfurt zum ersten Vereinstag gesandt wurde, hat laut seines Statuts §. 1. die geistige, sittliche und materielle Erziehung des gesammten Arbeiterstandes zum Zweck. Ich hielt demselben vor ungefähr einem Jahre einen Vortrag über Arbeit und Kapital im sozialistischen Sinn und forderte die Hirsch auf, denselben so widerlegen und die Debatte einzuleiten. Dreimal stand in der Zeitung die Annonce „Montag im Bildungsverein: Diskussion der socialen Frage.“ Aber die Hirsch war nie da, und so mußte trotz der Anzeige jedesmal die Debatte verschoben werden. Den vierten Abend war Dr. Hirsch wieder nicht da, doch statt seiner kam aus der Ordnerstube ein geschriebener Antrag „über das Sociale nicht mehr im Verein zu sprechen.“ Uhlich führte den Vorsitz und stellte den Antrag ihm der Versammlung empfehlend, zur Abstimmung. Jetzt griff ich das Wort und erklärte, ein solcher Antrag sei für den Verein beschimpfend und beantragte dagegen, „darüber wie die Roth und das Glend der arbeitenden Klassen entstehen und demselben abzuhelpen sei, müsse gesprochen werden.“ Uhlich: „Meine Herren, stimmen Sie dafür, daß in Bremer Weise über das Sociale nicht gesprochen werden darf, damit ist der Gegenantrag Bremer's gefallen.“ Und es wurde gestimmt, wie Uhlich wollte. — Im Januar dieses Jahres meldete ich einen Vortrag aus dem „Kapital“ von Carl Marx an. Es wurde im Vorstand unter Vorsitz Uhlich's beschlossene. „Ich dürfe aus Marx keinen Vortrag halten.“

Jetzt hatte ich nur noch in der Debatte das Wort gebraucht es natürlich bei jeder Gelegenheit. Bei einer Besprechung der Frauenarbeit mußte Uhlich erklären: „Meine Herren, zu widerlegen ist hier nicht, mir müßten geradezu erklären, wir befinden uns jetzt und befinden uns in immer Bremer gegenüber im Irrthum — und das wollen wir nicht.“ So ging es weiter, bis Uhlich in einer Versammlung eine Frage verlas und zur Abstimmung brachte, welche lautete: „Bremer das Wort für immer zu entziehen.“ Uhlich: „Meine Herren, was ich Ihnen aus persönlicher Erfahrung sagen muß, ist, daß noch mehrere Besitzende Sympathie für den Verein haben, daß diese aber durch das Auftreten des Herrn Bremer bestimmt werden müssen, dem Verein ihre Sympathien zu entziehen. Dadurch würde der Verein Schaden haben; das können wir nicht wollen, deshalb bitte ich, stimmen Sie dafür, daß ich Herrn Bremer das Wort nicht mehr zu geben brauche.“ — Es stimmte nur ein Drittel dafür, und doch war der Antrag, mir das Wort auf alle Zeiten zu entziehen, nach Uhlich's Meinung angenommen!

Die „Bürgerversammlung“, eine politische Monatsbesprechung, öffentlich, vor allem Volk, war bisher der Sammelplatz fast aller Liberalen, und der freie Meinungsaustrausch dabei selbstverständlich. Seit den letzten Wahlen ist sie immer nur schwach besucht; es gelang mir, in der Tabaksteuer-Frage mit einem Antrag (gegen Uhlich's Meinung) auf Nicht-Bestätigung der Tabaksteuer und Abschaffung der indirecten Steuern überhaupt durchzudringen.

Am 19. Juni, in der letzten, unter Vorsitz Uhlich's abgehaltenen „Bürgerversammlung“ bat ich ums Wort. Uhlich: „Meine Herren, ich kann Herrn Bremer das Wort nicht geben.“ Ich stelle den Antrag, darüber abzustimmen. Vom Bildungsverein bleiben die Besitzenden fort, weil Herr Bremer die Soziale stets in Vordergrund bringt, der Bildungsverein aber Herrn Bremer das Wort für immer entziehen müssen, weil er die Besitzenden wegtrieb und darum bitte ich Sie, stimmen Sie dafür, daß ich ihm das Wort nicht zu geben habe.“ — Ein Drittel stimmte dafür. — Aber Uhlich erklärte: „Ich

Bremer hat hier nunmehr nie wieder das Wort! Die kleine Versammlung, kaum 80 Menschen, war sehr aufgereggt. Ich nahm nun doch, Uhlisch zum Trost, das Wort, und erklärte Herrn Uhlisch für einen „Unterdrücker der Freiheit und für einen Gegner der Aufklärung.“ Uhlisch fordert nun die Versammlung auf, nicht zu gestatten, daß ich spreche; die Versammlung hält sich aber neutral; Uhlisch droht mit Auflösung — der Polizei-Commissar soll einschreiten, der Commissar lehnt lächelnd ab; man läuft zum Wirth, der soll mich „herauschmeißen“, auch der thut's nicht; man läuft zu den Männern, welche die Controle an der Thür haben, sie sollen mich entfernen, auch die weigern sich. Jetzt sagte ich, Uhlisch solle weiter sprechen, ich hätte ihm meine Meinung gesagt. Als er wieder eine kurze Zeit gesprochen, bat ich ums Wort. Uhlisch: „Sie haben nicht das Wort!“ Tüchtiger Lärm, meine Freunde kommen zu mir; Uhlisch, offenbar in dem Glauben, ich werde „herausgeschmissen“, ruft: „Ist Bremer heraus?“ Jetzt erkläre ich mit starker Stimme: „Nein, ich nehme mir jetzt das Wort, um laut und öffentlich zu erklären, daß Sie, Herr Uhlisch, dadurch, daß Sie Ihren Antrag auf Wortentscheidung ohne jede Debatte durchzusetzen wußten, das Prinzip der freien Meinungsäußerung unterdrückt und die Grundsätze der Wahrheit und der Gerechtigkeit verlegt haben, und dadurch die Interessen der Arbeiter verrathen!“ Ich blieb noch einige Minuten, und ging dann mit meinen Freunden fort.

Das ist die Handlungsweise Uhlisch's, des Volksaufklärers!
J. Bremer.

Aus England.

London, den 31. August.

Die britische Association zur Beförderung der Wissenschaften hat ihren Jahres-Kongreß abgehalten. In der ökonomischen Sektion kam die Arbeiterfrage aufs Tapet — sie ist jetzt auf der Tagesordnung — Freund, Feind, Jedermann, der als Patriot gelten will, muß über die Arbeiterfrage sprechen. Wie sich von selbst versteht, wird gewöhnlich viel Unheil gesprochen und die Gelehrten des Status quo tragen in der Regel eine große Unwissenheit zur Schau. Bei dem diesjährigen Kongreß verlas der Kanonikus Girdlestone eine Schrift über die Lage der Ackerbau-Arbeiter. Der Pfarrer Girdlestone hat schon seit längerer Zeit dafür agitirt, Lohngarantie-Vereine unter den Ackerbau-Arbeitern zu errichten. Als Mann Gottes verlangt er natürlich, daß diese Vereine solcher Art sein sollen, daß sie den Kapitalisten kein direktes Vergerniß geben. Wie das anzufangen, ist seine Sache. Er hat wenigstens das Verdienst, die Besprechung der elenden Lage dieser Arbeiter in Kreise zu ziehen, wo man ohne ihn nicht öffentlich davon sprechen würde. Nach einigen Bemerkungen über die rasche Vergrößerung der Einkünfte der Grundeigenthümer und den wachsenden Reichtum der Pächter, sagte er: „eine größere Fläche Landes ist unter die Kultur gebracht worden und der Ertrag jedes einzelnen Aekers hat sich vergrößert, aber nirgends hat die Verbesserung der Lage des Arbeiters Schritt gehalten mit dem wachsenden Wohlstand des Eigenthümers und des Pächters, oder mit der Verbesserung des Bodens selbst; im Gegentheil hat sich seine Lage in mancher Hinsicht verschlimmert. Der Lohn ist niedrig, Feuerung und Nahrungsmittel theuer; Schulbildung ist zum Lebensbedürfnis geworden, aber der Landarbeiter muß sie entbehren; die Armensteuer wird so verwaltet, daß sie den Arbeiter, welchen das Loos trifft, ihre Hilfe in Anspruch nehmen zu müssen, jedes Funken von Selbstgefühl beraubt. Für sein Stückchen Kartoffel-Land muß

er einen hohen Pacht bezahlen, und in den meisten Fällen wird ihm nicht gestattet, ein Schwein oder Federvieh zu halten, aus Furcht, daß er dem Pächter Futter einwende. Er arbeitet nominell 10 Stunden den Tag, muß aber stets über die Zeit arbeiten, ohne extra bezahlt zu werden. Er frühstückt bevor er auf die Arbeit geht, und sein Frühstück besteht aus Brod und Wasser mit etwas Milch, wenn sie zu haben, was nicht immer der Fall ist. Besper und Mittagsmahl nimmt er mit sich, es besteht aus grobem Brod und hartem Käse, der von abgeschäumter Milch gemacht ist. Zum Abendessen hat er Kartoffeln oder Kohl mit einem dünnen Schnittchen Speck, um die Mahlzeit schmackhaft zu machen. Frisches Fleisch genießt er selten, außer wenn er es geschenkt bekommt.“

Zur Abhülfe schlug der ehrwürdige Pastor vor: 1) hinreichenden Lohn, um Weib und Kinder zu nähren und zu kleiden, mit einem kleinen Ueberschuß für Krankenkasse u. s. w.; 2) gute und geräumige Wohnungen; 3) Erleichterung des Schulunterrichts; 4) Abschaffung der Vermietungsmärkte; 5) Lohngarantie-Vereine. „Alle Fachgelehrte, alle Gewerbe, ja die Grundeigenthümer und Pächter selbst haben ihre Vereine, sagte er, warum soll der Ackerbau-Arbeiter allein dem Schicksal überlassen werden, hoffnungslos zu kämpfen, weil isolirt, während alle Uebrigen sich verbinden?“ Die Vorlesung dieser Schrift, heißt es in den Berichten, erzeugte einen ungewöhnlichen Grad von Interesse und Aufregung. Der Verfasser wurde theils mit Beifall, theils mit dem Schrei Nein! Nein! und andern Zeichen der Mißbilligung begrüßt. In der Diskussion, welche folgte, sprachen zehn Redner, von denen neun direkt oder durch schlecht versteckte Ausfälle gegen Pfarrer Girdlestone auftraten. Nur ein einziger Redner fand sich, der ihm vollständig beistimmte, Sir John Bowring, der vor vielen Jahren in Bradford ins Parlament gewählt wurde, um den Radikalismus zu vertreten, sich aber durch Palmerston bewegen ließ, statt im Unterhause den Radikalismus gegen das Ministerium, das Ministerium selbst in China zu vertreten.

Mit den Vereinen und der Lohnerhöhung sieht es gerade nicht sehr hoffnungsvoll aus. Der Pfarrer Girdlestone kennt die Schwierigkeiten, die sich in den Weg stellen. Um einen Verein zu gründen, müssen vor allen Dingen Leute da sein, welche geneigt sind, ihm anzugehören; sie müssen in hinreichender Anzahl vorhanden sein und zusammen wirken, um einen Eindruck zu machen. Sie müssen ferner hinreichende Bildung besitzen, ihre eigenen Geschäftsführer zu sein, und sie müssen noch überdies wenigstens die Möglichkeit vor Augen haben, im äußersten Falle ihre Arbeit einstellen zu können, ohne daß sie ihren Wohnort verlassen, und müssen so viel verdienen, daß sie nicht allein die laufenden Kosten der Verwaltung eines solchen Vereins bestreiten, sondern noch einige Thaler zurücklegen können für besondere Fälle. Diese Bedingungen fehlen hier den Landarbeitern gänzlich. Kommt unter den bestehenden Verhältnissen einer von ihnen außer Arbeit, so ist das Workhouse seine letzte Zuflucht, aber bei Arbeitseinstellungen wird nichts verabsolgt. Die Bodeneigenthümer und die Pächter sind die Verwalter der Armen-Steuern und die Eigenthümer der Häuser — bitte um Verzeihung, der Spelunken, in welchen die Arbeiter wohnen. Legen nun diese die Arbeit nieder, so werden sie von den Haus-Eigenthümern in die Luft gesetzt und müssen auf die Wanderschaft gehen. Wie Pfarrer Girdlestone mittheilte, sind in einem kurzen Zeitraume Hundert aus seinem Kirchsprunge vertrieben worden. Das erforderliche Geld zur Gründung des Ackerbau-Arbeiter-Vereins, glaubt Pfarrer Girdlestone, könne unter der höheren Klasse gesammelt werden, aber unglücklicher Weise steht diese den Arbeitervereinen feindlich gegenüber.

Wie wenig Hoffnung für den Arbeiter vorhanden ist, seine Lage durch erhöhten Lohn zu verbessern, geht aus Folgendem hervor: Vor einigen Tagen ward in einer Londoner Zeitung berichtet, daß Dampfpflüge jetzt wirklich im Großen gemacht werden. Herr Smith kann mit seinem Dampfpflug einen Acker Land für 12 sh. 6 p. (4 Thlr. 5 Gr.) zur Saat vorbereiten, der mit dem Pferdflug 26 sh. (8 Thlr. 20 Gr.) kosten würde. Die ersparten 13 sh. 6 p. (4 Thlr. 15 Gr.) wird der Pächter in die Tasche stecken, bis sein Pachtvertrag aus ist; bei Erneuerung des Pachtbriefes muß er dem Grundeigentümer einen Theil abgeben. Der Arbeiterklasse wird der Betrag entzogen.

Aus Amerika.

New-York, den 16. August.

Die große Massenversammlung, welche die Arbeitervereinigung der Stadt New-York (The Working men's Union) zum 12. August einberufen hatte, zeigte, wie es immer noch bestimmte Fragen giebt, in welchen der gesunde Sinn der Arbeiter gegen die Bestrebungen der ihnen gegenüberstehenden Klassen einmüthiges Handeln bewirkt. Die Halle des Cooper-Instituts, welche 6000 Menschen faßt, war gedrängt voll, und außerhalb des Gebäudes waren noch gegen 5000, zu welchen theils in englischer, theils in deutscher Sprache geredet wurde. Die meisten Staaten des Ostens haben ebensowohl wie die Centralregierung in Washington Gesetze erlassen, wonach das gesetzliche Tagwerk eines Arbeiters 8 Stunden zwischen Sonnenauf- und Niedergang sein sollen. Niemand hat dabei im Sinne, daß die Uebertretung des Gesetzes strafrechtlich geahndet werden soll. Dies würde ja die „Freiheit“ beeinträchtigen! Aber die Arbeiter haben, wie sie glauben, durch dies Gesetz das Recht erworben, die Herabsetzung der Arbeitszeit von 10 auf 8 Stunden durch Arbeitseinstellung zu erzwingen; sie stehen auf „gesetzlichem Boden“, wenn sie das verlangen, und das Gesetz geht ihnen hier noch über Alles. Die Gyps-Arbeiter haben allerdings bereits vor einem Jahre die Forderung der 8-Stundenarbeit, ohne den Rückhalt des Gesetzes, aufgestellt und sogleich bewilligt erhalten. Ist ihre Arbeit dadurch vermindert worden? Sie ist eben nur intensiver geworden, und wenn die Zeiten günstig sind, werden die Löhne herabgesetzt werden, wie das immer geschieht, wenn sich die Arbeiter in ihren Gewerbevereinen (Trades Unions) nicht dagegen stemmen. Als nun aber vor etwa 2 Monaten die Maurer New-Yorks, gegliedert in 4 Vereine, zur Durchsetzung der Acht-Stundenarbeit ausstanden, erhoben die Meister und alle Zeitungen, bis auf etwa 3, ein ungeheures Geschrei, es wäre unmöglich, die Miethen würden steigen, die Arbeiter trieben Wucher u. s. w. Daß die Arbeiter an Stelle des bisher üblichen Lohns von 5 Dollars nur 4 $\frac{1}{2}$ D. verlangten, wurde ihnen gar nicht als Verdienst angesehen, trotzdem sie damit freiwillig auf eine Wochen-Einnahme von 3 Dollars Verzicht leisteten. Der Lohn von 5 Dollars scheint im Vergleich zu anderen Gewerben hoch zu sein; bei genauer Berechnung der durchschnittlichen Jahreseinnahme wird sich aber der Unterschied als sehr gering herausstellen. Die Baumeister, welche einsahen, daß alle Bauarbeiter sehr bald den Maurern nachfolgen würden,

gründeten einen Gegen-Verein der Zehn-Stunden-Arbeiter, der besonders aus Deutschen bestand. Einzelne wurden mit einem Taglohn von 5 Dollars geködert. Die kleinmüthigen sowohl als die bestechlichen Arbeiter, sie sind es, welche jeder gesunden Bewegung hinderlich sind, und ich bin leider in der Lage, bestätigen zu müssen, daß die Irländer zuverlässiger sind und mehr Klassen-Bewußtsein haben, als die Deutschen. Die Anzahl der Meister, welche nachgegeben haben, kann nicht unbedeutend sein; dennoch behaupten die Meister in ihren Versammlungen, daß sie die Arbeiter bald bezwungen haben werden. Die Gelder der 4 Maurervereine mögen zum Besten der Ausständigen verausgabt sein; aber fast alle anderen Gewerbe aus der ganzen Union haben Geldunterstützungen gegeben, und die Beiträge fließen noch reichlich. Die Reden, welche am 12. d. M. von Arbeitern verschiedener Gewerbezweige gehalten wurden, bewiesen, wie ernst es Allen mit dieser wichtigsten aller Fragen ist und wie sie in großer Mehrzahl ausharren werden, bis der Sieg errungen ist. Freilich hätten die entwickelteren unter den Arbeitern Deutschlands das Hervorheben höherer Gesichtspunkte vermist. Aber der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ist hier zu Lande ein so klaffender, daß er Allen in Fleisch und Blut steckt. Wer ihn hier leugnet, thut es wohl immer aus unreinen Beweggründen, und wenn die meisten Redner die Ueberflüchtigkeit der Meister als Mittelpersonen hervorheben, so ist das nicht etwa als eine erneute Auflage Schulze'scher Gemüthlichkeitsbestrebungen aufzufassen. Die Arbeiter ermangeln noch sehr des Bewußtseins, aber sie folgen sicher dem richtigen Instinkt. Die Revolution, von welcher hier Niemand spricht, und welche allgemein als für Amerika unmöglich betrachtet wird, sie vollzieht sich auf dem industriellen Gebiet mit einer Schnelligkeit, daß ein europäischer Beobachter staunen muß, und sie muß folglich auf politischen Gebieten auch hereinbrechen und wahrscheinlich mit plötzlicher Gewalt und mit dem Ungestüm, welches dem amerikanischen Volkscharakter eigenthümlich ist. Die Korruption beider Parteien, die bei der Anklage und der Freisprechung Johnsons so sonnenklar hervortrat, weist unfehlbar auf einen bevorstehenden Umschlag hin. Eine Steigerung der öffentlichen Schamlosigkeit scheint kaum denkbar, und zwar sind beide Parteien sich ganz gleich darin. Ebenso sind die Grundursachen, welche beide Parteien aufstellen, ohne wesentliche Verschiedenheiten. Beide unterstützen den Kapitalisten und streben danach, durch die Gesetzgebung das Kapital zu concentriren. Die Erwählung Grants, eines höchst bornirten Soldaten nach dem Muster von Strudelwitz, kann kaum noch bezweifelt werden. Wonach muß er streben? Nach der Concentrirung der Macht des Präsidenten, nach Beschränkung der Gewalt des Congresses, also nach der Monarchie. Natürlich wird er die heilige Konstitution eben so oft anrufen, als Johnson es that, aber der Name thut nichts zur Sache. — Wo ist nun das Gegengewicht zu finden? Vielleicht wird schon am 21. September ein tüchtiger Schritt vorwärts gemacht werden. Der 3. Arbeiter-Congress versammelt sich dieses Jahr am 3. Montag des Septembers in New-York und wird wahrscheinlich eigene Kandidaten aufstellen. Es kommt nicht darauf an, ob diese Aussicht auf Erfolg haben. Aber 500,000 Wahlstimmen sind es, über welche die in der Rationalarbeitsgenossenschaft (National-Labor-Union) vereinigten Gewerbevereine zu verfügen haben. Wir werden ja sehen!

Zur Orientalischen Frage.

Ein Briefwechsel.

Unter der Ueberschrift „Serbien“ erschien in No. 28 der „Bereinigten Staaten von Europa“, des Organs der Friedensliga, nachstehender Aufsatz:

Man verhandelt den Attentatsprozeß in Belgrad bei beschränkter Oeffentlichkeit, d. h. vor einem ausgewählten Publikum, zu dem namentlich auch die Vertreter der fremden Mächte gehören. Wie sich diese Auswahl der Gesellschaft benimmt, davon bieten die nunmehr zur öffentlichen Kunde gelangenden genaueren Berichte über die Gerichtsverhandlungen Sprechende — freilich nicht ebenso ansprechende — Belege; wir citiren nur einen davon, der zugleich zur Charakteristik des Gerichts dienen mag.

Der Angeklagte Bidoje Jakovich wird vorgeführt, der in der Voruntersuchung nach längerem Leugnen endlich ein Geständniß abgelegt hat. Er verlangt, daß man alle seine Verhöre ablese, allein der Präsident gestattet es nicht, sondern befiehlt dem Sekretär, nur das letzte Verhör, in welchem Bidoje seine Mitschuld eingestanden hat, zu verlesen. Nachdem dies geschehen ist, fragt ihn der Präsident: Ist dem allem wirklich so? — Bidoje: Ich bitte Sie, wie kann man etwas für richtig halten, was Einer, den man vier Tage hungern ließ, ausgesagt hat?

Präs.: Hör' mich an... — Bidoje (unwillig): Ah!

Präs.: Was! Höre!... — Bidoje (einfallend): Ich will sagen...

Präs.: Schweige! Birst du schweigen? — Bidoje: Ja, ich schweige.

Präs.: Hast du das gesagt, was dir vorgelesen wurde? — Bidoje: Da ich vier Tage und vier Nächte nichts zu essen und nichts zu trinken bekommen und sonst auch auf verschiedene Art gemartert wurde, mußte ich es sagen. Sechs Stunden haben sie mich unaufhörlich mit Stöcken geschlagen und ein Gendarm hat mich nachher noch eine ganze Stunde nach Belieben geschlagen. (Im Publikum einzelne Ausrufe: Du verdienst es auch! Hierauf im Publikum allgemeines zustimmendes Gelächter.)

Präs.: Die Angaben, die du gemacht hast, haben sich aber als richtig erwiesen. — Bidoje (unwillig): Das geht mich nichts an.

Präs.: Die Aussagen beweisen aber, daß du nicht gezwungen wurdest? — Bidoje: Ja, ich wurde gezwungen. Ich habe... (im Publikum Murren) später ist der Major zu mir gekommen und frug mich, ob ich hinausgehen will oder unten bleiben...

Präs.: Genug, genug! — Bidoje: Man soll das Protokoll lesen, als ich noch unverfehrt war.

Präs.: Ist nicht notwendig. — Bidoje: Ich bitte, man soll es vorlesen.

Präs.: Ist nicht notwendig. — Bidoje (unwillig): Aber man soll es lesen.

Präs.: Du hast alle Umstände geleugnet.... — Bidoje: Ich habe auch gar nichts gewußt.

Präs. (fortfahrend): Später hast du Alles gestanden. — Bidoje: Das sind nicht meine Worte.

Präs.: Hast du denn unterschrieben? — Bidoje: Nein, denn ich habe nicht das unterschrieben, was ich, sondern das, was andere unterschrieben haben wollten.

Präs.: Sind hier die Herren Costa Popovich, Wasso Popovich und Costa Kadzhi-Roschu? (Sie treten vor.)

Bidoje: Ich kümmere mich um nichts, ich kann nichts mehr verlieren als mein Leben. (Verwunderung im Publikum.) Ich möchte nicht gerne, daß ein Serbe unter solchen Martern stirbt.... (Bewegung im Publikum)

Präs. (zu den genannten Kommissären): Waren Sie bei dem Verhöre des Bidoje? sind dies seine Worte? — Die Kommissäre: Wir waren dort, es sind seine Worte, er sagte im vollen Ernste, daß sich alles so verhalte.

Bidoje: Habe ich aber gesagt, daß ich gemartert werde? — Die Kommissäre: Nein.

Bidoje: Könt Ihr dies beschwören? — Die Kommissäre: Ja, wir haben es beschworen. (Unruhe im Publikum, Ausrufe im Publikum: Seht den Lumpen.)

Bidoje: Man möge den Major und die vier Gendarmen fragen...

Präs.: Genug, Schweige! (Im Publikum einzelne Ausrufe der Verwünschung.) — Bidoje: Ich habe....

Präs.: Birst du schweigen! — Bidoje: Ja, ich schweige.

Präs.: Geh auf deinen Platz.

— Ein anderer Angeklagter ist Costa Radovanovich, Bruder des Hauptangeklagten. Auch ihm wird das Protokoll seiner Geständnisse vorgelesen, und darnach richtet der Präsident die Frage an ihn: Was hast du sonst noch vorzubringen? — Costa: Ich habe nichts mehr vorzubringen, doch wenn ihr wollt, so laßt eintragen, daß ich zu dieser Aussage durch Martern gezwungen wurde. (Unruhe im Publikum.)

Präs.: Du leugnest also? — Costa: Ich leugne nicht die Sache, sondern ich sage nur, daß sie mich marterten. (Im Publikum: Das war auch recht! Bekenne, daß du auf die Knie gefallen bist. Einzelne Ausrufe: Schon recht!)

Das Verhör geht zu einem anderen Angeklagten über.

Daß bei einer solchen Justiz „wirst du schweigen“ im Uebrigen einstweilen Alles nach Wunsch der Regierung und ihrer Patrone geht, läßt sich wohl denken. Die Skupschtina hatte man vorsorglich nicht etwa nach Belgrad oder Kragujevac, sondern nach Topshider einberufen, wo man sie, von Militär umstellt, hübsch bei einander behalten und ihre Mitglieder vor schädlichen Einflüssen bewahren konnte. Sie war denn auch zahm, folgsam und loyal, so sehr man es nur wünschen konnte; die Karageorgevich's sind in Acht erklärt, Milan Obrenovich ist als Fürst bestätigt, die Regentschaft nach der vorgelegten Liste zusammengesetzt, jeder Serbe für die Erhaltung Milan's am Leben verantwortlich gemacht, — und um keinen Zweifel darüber zu lassen, daß es mit dieser Verantwortlichkeit Ernst gemeint ist, hat man am 6. Juli wieder einen der Betheiligung am Mordkomplott beschuldigten Offizier, den Hauptmann Maden Renadovich, standrechtlich erschossen. Es ist so viel Blutarbeit zu thun, daß man bei Zeiten damit beginnen muß. Bis fürstliches Blut geföhnt ist, muß viel bürgerliches fließen. Man beschleunigte die Erschießung, damit die Skupschtina vor ihrem Auseinandergehen noch dies Schauspiel genessen könne, und ließ sie vor sich gehen, obwohl der 6. Juli in Serbien ein Feiertag ist. Die Mehrzahl der Mitglieder der Skupschtina hat auch wirklich der Hinrichtungsscene beigewohnt; sie fand am Tage nach der Salbung Milans statt — ein vielverheißender Anfang. Indessen hat doch die Regierung das Bedürfnis empfunden, die Wege durch einige liberale Zugeständnisse zu ebnen und sich wenigstens den Schein zu geben, als ob sie der absolutistischen Regierungsweise, wie sie Fürst Michael thatächlich geübt, absagen wolle. So hat sie versprochen, alljährlich mindestens einmal die Skupschtina einzuberufen, und nach einem Bericht, der freilich noch der Bestätigung bedarf, soll die Skupschtina Einführung der Pressfreiheit, der Geschworenengerichte und des constitutionellen Regimes beschloffen haben.

Mit den Großmächten, mit der ungarischen Regierung und nicht minder mit der Pforte scheint die neue Regentschaft auf bestem Fuße zu stehen; man läßt sie gewähren, ja unterstützt sie, wenn sich Anlaß dazu bietet. So hat das ungarische Ministerium die Auslieferungen, welche die serbische Regierung verlangte, bewilligt, und es befinden sich unter den Auszulieferenden der Sekretär Alexander Karageorgevich's und der Redakteur der in Neusatz herausgegebenen „Zastava“, des Organs der „Omladina“; den Bürgermeister von Neusatz, Miletitsch, hat die ungarische Regierung abgesetzt und es ist sogar die Rede davon, ihn aus dem ungarischen Abgeordnetenhaus, dessen Mitglied er ist, auszustoßen. In Neusatz wird jetzt behauptet, sei das Komplott ausgeheckt worden und liefen

alle Fäden der Verschwörung zusammen. Selbst die Auslieferung Peter Karageorgewich's, sowie noch anderer Verwandten Alexander Karageorgewich's, ist von der Skupschtina verlangt worden.

Serbien ist dermal eine vielfach unworbene Braut, aber unter den Freiern ist auch nicht einer, der uneigennützig Absichten hätte. Ihre Interessen sind nicht die Serbiens, und ebenso wenig umgekehrt. Der serbische Stamm findet sich nämlich nicht nur in dem zur Stunde fast gänzlich von der Pforte unabhängigen Fürstenthume Serbien vor, sondern ebenso auch in den benachbarten türkischen und österreichischen Gebieten; namentlich die Kroaten sind von gleichem Stamme und wesentlich nur durch die Verschiedenheit der Religion von den Serben des Fürstenthums unterschieden. Früher sehr leidenschaftlich und bitter, sind diese religiösen Gegensätze jetzt ziemlich abgeschwächt und durch ein gemeinsames nationales Bewußtsein aller serbischen Stämme verdrängt. In dem staatsrechtlich selbständig constituirten Fürstenthum sehen die übrigen Serben den Kern, an den sie, die einen aus der österreichischen, die andern aus der türkischen Umarmung sich lösend, sich anschließen und dadurch zu einem größeren nationalen und völlig unabhängigen Gemeinwesen zusammenwachsen könnten, wie sie es in der älteren Periode ihrer Geschichte schon einmal gewesen sind. Gerade diese nationalen Bestrebungen aber, durch welche Ungarn und Oesterreich sowohl als die Türkei ihren Bestand bedroht sehen, hielt Fürst Michael darnieder, — daher der leidenschaftliche Haß der für jene großserbische Idee Begeisterten gegen ihn, — und die nunmehr eingesezte Regentschaft wird nur so lange der Freundschaft der Westmächte und namentlich Oesterreichs sich erfreuen, als sie in der gleichen Bahn wie der ermordete Fürst zu regieren fortfährt. Daß unter solchen Umständen die Lockungen der ungarischen Regierung bei den Serben viel versagen werden, ist nicht wahrscheinlich; zu dem Freundschaftsbund, welchen ihnen z. B. Klapka in einem Pesther Regierungsorgan anträgt, werden sie jedenfalls so lange nicht einschlagen, als die Magyaren den gerechten Forderungen der mit Ungarn vereinigten Nationalitäten nicht billige Rücksicht getragen haben werden. Sei man nicht ungerecht gegen diese Völkerschaften: so lange, seien es die Künste der Diplomatie, sei es offene Gewalt, sie in staatlichen Verbindungen festhalten, welche ihren Wünschen zuwider sind, ist es da zum Bewundern, wenn sie ihre Blicke der einzigen Großmacht zuwenden, welche, freilich mit geisnerischen Worten, sie von verhasstem Zwange zu lösen, ihr Selbstbestimmungsrecht zu schützen, ihre nationale Constituierung zu begünstigen vorgiebt? Damit, daß man jede Bewegung, die von Rußland eine Förderung hofft, verdammt und sich das Recht beilegt, Keulenschläge jeder Art gegen alle Bestrebungen zu führen, die man einmal als „panslavistische“ gebrandmarkt hat, sind die großen Fragen im Südosten Europa's noch keineswegs gelöst, und wenn man das Schicksal dieser Donaubevölkerungen, die doch so gut als wir im Westen Anspruch auf selbstständige politische Existenz haben, nur von den unter den Großmächten schwebenden Machtfragen, namentlich von den widerstreitenden Interessen Rußlands und Oesterreichs abhängig macht, so ist das gerade so verkehrt, als wenn man in der süddeutschen Frage nur den preussischen Pangermanismus einerseits und die Anneigungsgeilüste Frankreichs andererseits im Spiele sehen wollte. Es ist so verführerisch, gleich den Herren Diplomaten in großer Politik zu machen; — mit Verlaub, es handelt sich dabei doch auch noch um andere und unseres Erachtens wichtigere Dinge: um eigenen Willen und eigene Interessen der Völkerschaften nämlich, die man bei jenen übermüthigen Combinationen nur als Werkzeuge Anderer, nur als Mittel für

die selbstsüchtigen, defensiven oder aggressiven Zwecke dieser oder jener Großmacht tarirt. Alle solche Berechnungen sind Stücke der alten, faulen, diplomatischen Politik, deren einziges Augenmerk der Krieg und die Rüstung auf den Krieg war, jener Politik, die beständig auf der Lauer lag, um bei günstigem Anlaß dem Nachbar etwas von Land und Leuten von Leibe zu reißen, — die alles Recht und alle Freiheitsinteressen in den Wind schlug, sobald damit dem Nebenbuhler an Macht und Einfluß ein Vortheil abgestritten werden konnte. Brecht man einmal mit diesen Vorurtheilen, gestehe man auch diesen südslavischen Nationen, statt sie mit Gewalt in verhassten Banden zu halten, das Selbstconstituierungsrecht zu, das wir für uns in Anspruch nehmen, — und sie werden nicht mehr die Vorposten russischer Wühlereien, sondern freie, selbstständige Bundesgenossen der sie umgebenden Völker und Stämme sein, eine Schutzwehr gegen den Despotismus jeder Art, möge er nun in russischem oder habsburgischem oder türkischem Namen geübt werden.

An den Redakteur der „Vereinigten Staaten von Europa“.

Herr Redakteur!

In No. 28. der „Vereinigten Staaten von Europa“ vom 12. Juli sind Bemerkungen abgedruckt, „Serbien“ überschrieben, denen ich mir erlaube hier die meinigen beizufügen.

Die Unterhaltungen zwischen dem Präsidenten des Belgrader Gerichtshofes und einigen Angeklagten wird dort wiedergegeben, jedoch ohne Angabe, woher der Schreiber die Nachricht genommen hat. Man könnte, dem Tone der Mittheilung nach annehmen, die serbische Regierung sehe die Veröffentlichung dieser Verhandlungen ungerne. Nun habe ich den „Widow Dan“ die für offiziell gehaltene Belgrader Zeitung vom 18. (19.) Juni und 21. Juni (3. Juli) vor mir, in welchen Nummern das Original der von Ihrem Mitarbeiter übersetzten Stellen wörtlich zu finden ist, mit Ausnahme so kleiner Abweichungen, wie z. B. die, daß der Gerichtspräsident den verklagten Jwkowitsch mit dossta, dossta anherrscht, welches zu deutsch „genug, genug“ heißt, von Ihrem Korrespondenten aber mit „genug, schweige“ verdolmetscht zu sein scheint. Sind die Angeklagten wirklich gemartert worden, so wäre es wohl für den Vertreter der humanen Russischen Regierung zu bedauern, Angesichts ihrer eifrigen Bestrebungen für Abschaffung der zarten Sprenggeschosse, nicht unstatthaft gewesen, gerade diese eklige altmodische Naivität öffentlich seine Kulturfohlen lange einzulegen. Gesezt die Behauptungen Jwkowitsch's, Rodowanowitsch's und Anderer, daß sie in Geständnisse eingemartert worden, seien wahr, so ist wohl eigentlich das ganze urkräftige serbische Volk des Fürstenthums für diese gräßliche Originalität verantwortlich, und Leute, bei denen solche sittliche oder eigentlich unsittliche Zustände herrschen, sind wahrlich nicht berufen, ein Großserbien oder überhaupt etwas Anderes als sich selbst zu bilden.

Daß es stammverwandte Serben in der Türkei und Oesterreich giebt, wie Ihr Korrespondent bemerkt, — wer wüßte das nicht? Es giebt deren sogar in Rußland etwa 120,000, was er nicht einmal dunkel andeutet. Auch daß die Kroaten dem serbischen Stamme zuzurechnen sind, ist wohl nicht ganz unbekannt. Daß die religiösen Gegensätze unter den Leuten des serbischen Stammes jetzt weniger scharf als früher, wie der Schreiber von „Serbien“ sagt, wäre nicht leicht zu beweisen. Man bemerke nur, daß, wenn man die Kroaten zu den Serben zählt, es etwa 3,000,000 griechisch-orthodoxe, 3,000,000

katholische und 600,000 mohamedanische Serben giebt.¹⁾ Die orthodoxen Serben haben natürlich ihren Papst so eigentlich in Petersburg, in Gestalt des bekannten Барюшка (Väterchen) und bedienen sich der cyrillischen Schrift, während die katholischen den ihrigen in Rom besitzen und die lateinischen Buchstaben anwenden. Dieser kleine Unterschied ist noch nicht verwischt, wie „abgeschwächt“ auch, nach Annahme Ihres Mitarbeiters, die „religiösen Gegensätze“ sein mögen.

Nicht nur waren alle „Serben“ in der älteren Periode ihrer Geschichte schon einmal vereint, sondern die Fürsten aus dem Hause Nemanja hatten sich sogar Macedonien, Albanien, Thessalien, Nordgriechenland und Bulgarien unterworfen. Aber schon 1389, also vor fast 500 Jahren, machte der Sultan Bajazet durch die Schlacht auf dem Amselfelde diesem Serbenreiche ein Ende. Sind nun viele Serben im Verlaufe der Türkenkriege unter ungarische und österreiche Oberhoheit gekommen, der türkischen also entronnen worden, so können antitürkische Serbenfreunde darüber nicht ungehalten sein. Es war nicht unweise gehandelt, wenn der erschlagene Fürst Michael in der That, wie Ihr Korrespondent angiebt, die sogenannten großserbischen Umtriebe darnieder hielt, denn gegen die Türken, Ungarn und Oesterreicher, deren Bestand dadurch angegriffen wurde, konnte der großserbische Plan doch wohl nicht durchgeführt werden, gegen den übrigens die „Dakomanen“ ebenso wohl wie die „Griechen“ und wohl auch sogar die schlafferen Bulgaren zu Felde ziehen würden.

„Gesche man auch diesen südslavischen Nationen, statt sie mit Gewalt in verhassten Banden zu halten, das Selbstconstitutionsrecht zu, das wir für uns in Anspruch nehmen!“ Dem also soll man es zugestehn? Und wann? Den Wallachen, Moldauern, Kroaten, Dalmatiern, Illyriern, Serben, Bulgaren, Montenegrinern, Bosniern und Herzegowinern? Alle diese slavische Herren sollten sich ruhig nebeneinander constituiren, ruhig sich erst theilweise und späterhin insgesamt konföderiren? Ich kann mich hier des Gedankens nicht erwehren, daß gewisse russische Flüchtlinge, als Panславisten, im Hinblick auf den besonderen Fall Oesterreichs, Ungarns und der Türkei ganz planmäßig für Allerwelts-Decentralisation schwärmen, für die „autonome Provinz“, wie Herr Bakunin sich ausdrückt in dem neulich veröffentlichten Aufsatze: „Zum Programm der Demokratie“, dessen Einleitung „Die Zeit der Westasienvölker ist vorüber“ nichts als eine Umschreibung des Ausdrucks ist, den man in der „Proklamation des 1848er Prager Slaventkongresses an alle Völker Europa's“ findet, lautend, wie folgt: „Die Natur kennt weder edle noch unedle Völker“. Solche Phrasen sind papierner russische Geistesrubel. Ich dachte, die Kultur Europa's hätte unter allen Umständen Recht, einen jämmerlichen Donauwirrwarr zu befürchten, der nur der Unkultur Rußlands zu Gute kommen kann. Wie man auch die von Prag bis Konstantinopel wühlenden Umtriebe des Slaventhums nennen mag, Mongolismus, Kosackismus, Russicismus oder Panславismus — es kommt auf den Namen wenig an, wenn man nur offen und beständig darauf hinweist, daß Rußlands Einmischung in europäische Angelegenheiten von der Ostsee bis ans schwarze Meer von den Germanen, Polen, Ungarn, Scandinaven, Angelsachsen und Romanen vereint mit Gewalt zurückgewiesen werden muß.

Ist die Lage der Völker an der Donau und auf der Balkan-Halbinsel für uns ein Uebel — die Machtausdehnung des Russo-Asiaticismus ist ein unberechenbar größeres. Nur die ganz friedliche Gesinnung Ihrer Zeitung erklärt mir, wie es möglich war, daß das Schreibstück „Serbien“ in Ihren Spalten Aufnahme fand. Seine kleinen bescheidenen Ausfälle gegen

Rußland sind wohl berechnet und wohl gemeint. Das Uebrige desselben ist genau in den elastischen Klammern des vagen Phrasenschwall's gehalten, den „Moskoffskia Wjedomosti“, „Moskwa“, „Rußki Invalid“, „Odeßki Wjästnik“ und die ganze russische Zeitungsgewerkschaft verwenden, wenn sie die „Fragen“ des südöstlichen Europa behandeln.

Hören Sie noch, was Tschernyschewsky, ein russischer Publicist, vor mehreren Jahren schon zur Zwangsarbeit in Sibirien verurtheilt, über die Angelegenheiten einiger südslavischen Stämme sagt. (Siehe die russische Broschüre: Наши домашняя дѣла, zu deutsch: Unsere häuslichen Angelegenheiten — von Serno-Solowiewitsch. Bevey 1867. B. Benda).

„Und denkt Ihr etwa so niedrig von den türkischen Slaven“ — schreibt Tschernyschewsky, sich zu den Panславisten wendend — „daß sie zu ihrer Befreiung von den Türken irgend „welcher fremden Hülfe bedürfen? Wäre es wirklich so, dann „müßten diese Slaven für Stämme gehalten werden, die des „Mitgeföhls gar nicht würdig sind. Denn in Europa giebt „es ja nur zwei Millionen Türken, dagegen sieben oder acht „Millionen türkische Slaven. Und diese könnten mit den Türken nicht fertig werden? Fragt, wenn Ihr wollt, einen Bulgaren oder einen türkischen Serben, ob seine Landsleute zu „Befreiung von den Türken der fremden Hülfe bedürfen — „er wird sich durch eine solche Frage beleidigt fühlen. Nur „überzeugt brauchen sie zu sein, daß andere Mächte ihrer Befreiung nicht hinderlich sind — das Uebrige werden sie schon „selbst thun. Ihr, die Ihr den türkischen Slaven wohlwollt, „d. h. wenigstens beständig von Euren Geföhlen für die „Slavenbrüder“ spricht, bemühet Euch nur, den Westmächten die „Ueberzeugung einzuschleusen, daß beim Untergange der türkischen „Macht in Europa die Donaufürstenthümer und Bulgarien „nicht von Rußland verschlungen, und daß alsdann Konstantinopel nicht in eine russische Provinzialstadt verwandelt werde. „Habt Ihr einmal die Westmächte hierüber beruhigt, so werden sich die türkischen Slaven ohne irgend welche von Euch „zu leistende Hülfe frei machen. Durch Eure sentimentalen Ergüsse und geföhlvollen Betrachtungen über den Beruf des „russischen Adlers, die slavischen Stämme mit seinen mächtigen „Fittigen zu beschützen, schadet Ihr, und zwar aufs Allerbestimmteste, der Befreiung der türkischen Slaven.

Ich füge meine Karte bei, mit der Ermächtigung, meinen Namen jedem Fragenden zu nennen, bemerke, daß ich Aktionär Ihrer Zeitung bin und unterzeichne mit Hochachtung der Ihrige
London den 22. Juli 1868.

S. B.

Obiger Brief war von nachstehendem Schreiben an den Verleger (für Deutschland) der „Vereinigten Staaten von Europa“, Herrn Fiala, begleitet.

London, 23. Juli 1868.

Werther Herr Fiala!

Einliegend finden Sie einen Brief an die Redaktion der „Vereinigten Staaten von Europa“, den ich Sie sehr bitte, ihr schleunigst zu behändigen und in meinem Namen dabei zu bemerken, daß er ohne irgend welche Veränderung abgedruckt ist und ohne irgend welche Weglassungen. Wenn ich nicht irre, so erscheint das Blatt auch in französischer Sprache. Ist nun der Artikel „Serbien“ auch in die französische Ausgabe übergegangen, so wäre es wohl billig, wenn mein Brief übersezt — genau natürlich — auch in ihr abgedruckt würde.

Es hat in Nr. 29. schon wieder ein anderer Artikel über „Böhmen“ gestanden, in ähnlichem Geiste geschrieben, wie der über „Serbien“. Es sind das rein russische Artikel. Da hilft keine Beschönigung, keine Bemäntelung — der Pferdefuß gukt heraus. Wer schreibt denn das Zeug? Wenn die „Vereinigten Staaten“ so fortfahren, so werden sie bald, vielleicht ohne alle böse Absicht, neben dem Brüsseler „Nord“ als russisches Organ

¹⁾ Siehe im II. Bande der „Gegenwart“ 1849 den Artikel über „die Slaven und die panslawistischen Tendenzen“.

figuriren. Stehen da nicht etwa die Herren Bakunin, Zukowski und Ogareff dahinter? Sie würden mich sehr verbinden, wenn Sie mir über die Urheberschaft etwas Näheres mittheilen könnten und wollten.

Will man meinen Brief nicht abdrucken, so haben Sie doch die Güte mir sofort von solcher Entscheidung Nachricht zu geben.

Verzeihen Sie, daß ich Ihnen so viele Mühe mache.

Freundlichst grüßend

Sigismund L. Borkheim.

Herr Gustav Vogt, Redakteur der „Vereinigten Staaten“ an S. B.

Bern, 1. August 1868.

Verehrter Herr,

Ich konnte Ihre Entgegnung unverändert, wie Sie es kategorisch verlangen, nicht in die „Ver. St.“ aufnehmen, — Sie werden dieselbe aber in der heutigen Nummer berücksichtigt finden.

Der Verfasser jener Artikel, an denen Sie so großes Aergerniß nehmen, bin ich selbst; ich setzte ein Zeichen dazu, weil ich mir wohl bewußt war, daß nicht Alle, die sonst mit uns sympathisiren, diese Ansichten theilen, und nicht das Blatt und die Liga für eine persönliche Meinung engagiren wollte. Daß nun damit Ihr Verdacht, was gegen Rußland gesagt sei, sei nur Spiegelfechterelei und es stecke hinter diesen Artikeln irgend eine russische Intrigue, beseitigt sei, darf ich kaum hoffen, da Sie mich nur von Hörensagen kennen; ich kann Ihnen nur so viel bemerken, daß ich diesen Verdacht nicht scheue.

Auch meine Ansichten in diesen Fragen stützen sich auf gewissenhafte Benutzung der daherigen Materialien, und es wundert mich, daß Sie z. B. das Hauptwerk über Serbien von Caniz nicht kennen. Er sagt u. A., daß der Unterschied der Schriften (cyrillisch und lateinisch) das dermalige innere Zusammenwachsen der verschiedenen serbischen Stämme nicht fördere. — Die Frage vollständig darstellen zu wollen, konnte mir nicht einfallen; was Sie zur Ergänzung meiner Angaben anführen, war mir nichts Neues, aber etwas faktisch Unrichtiges haben Sie mir nicht nachgewiesen.

Der Bericht über die Gerichtsscene in Belgrad stand wörtlich so in den Wiener Blättern; ob der Präsident „genug, genug“ oder „genug, Schweige“ gesagt habe, ist völlig irrelevant — im einen wie im andern Falle hat er dem Angeklagten das Wort abgeschnitten, sich über seine in der Voruntersuchung gemachten oder vielmehr protokollierten Aussagen zu erklären.

Einer sachlich gehaltenen Erwiderung stehen die Spalten der „Ver. St.“ immer offen, zumal in einer Frage, von der ich zugebe, daß die Meinungen darüber noch nicht festgestellt sind. Aber statt die sachliche Lösung zu schildern, wie Sie dieselbe wünschen, haben Sie es für hinreichend erachtet, den russischen Pferdefuß zu denunciren, der hinter dem Lob wie hinter dem Tadel stecke — wo dann allerdings die Frage schwierig wird, wie man sich überhaupt über Rußland äußern dürfe.

Ich lade Sie also ein, auf diesem sachlichen Boden die Discussion in den „Vereinigten Staaten“ weiter zu führen, und bitte Sie namentlich, dabei klaren Wein einzuschenken, was nach Ihrer Meinung das Schicksal der Donau- und Balkanvölker sein soll. Halten Sie es für gerecht, für vereinbar mit Ihren Grundsätzen, diese Bevölkerungen zur Duldung einer fremden, mit Recht oder Unrecht verhassten Herrschaft zu zwingen, weil — wir uns vor Rußland fürchten? Denn

nicht einmal das, daß wir Ursache haben, uns vor ihm zu fürchten, gebe ich zu; Deutschland allein ist Rußland überlegen, wie vielmehr das ganze nicht-russische Europa, wenn es nur will. — Ich meinerseits habe die Sache und nicht Persönlichkeiten im Auge, gehe keine Schleichwege und suche auch andere nicht auf Schleichwegen — auf so viel können Sie daher immer zählen, daß ich ohne vorgefaßte Meinung jedem triftigen sachlichen Argument mich unterziehe. Machen wir die Differenz nicht auf diesem Wege aus, so wird, so hoffe ich, der Kongreß mir Gelegenheit bieten, mich mit Ihnen mündlich über dieselbe zu verständigen.

Ihr ergebener

G. Vogt.

(Schluß folgt.)

Die „Gartenlaube“ betreffend.

Wer kennt nicht die „Gartenlaube“, „das Volks- und Familienblatt, das Blatt für Jedermann, für den Adel wie den Bürger, den Tagelöhner wie den Bauer“?

Ein ächtes „deutsches Volksblatt“? Ja, das mag sie ehemals gewesen sein. Aber jetzt? Rimmermehr.

Als im Jahre 1862 „die Gartenlaube“ im preussischen Staat verboten ward, durchzog Entrüstung unsere vaterländischen Gauen; Niemand aber wußte zu jener Zeit mehr von „preussischen Bevormundungen, Willkürlichkeiten und Gigantmächtigkeiten preussischer Militärs, von nicht gut aufgehobenen Flottengeldern in preussischen Händen u. s. w.“ zu klagen, als die „Gartenlaube“ (Vergleiche Jahrgang 1862 Nr. 18 u. 22, 1864 Nr. 7, 10 u. 14), ebenso wie sie seit 1866 sich angelegen sein läßt, die Gnade des Blut- und Eisenmannes sich zu erwerben, alles Preussische in den Himmel zu erheben und Desterreich in den Koth zu ziehen.

An der Spree weiß man recht gut, daß ein Blatt, welches eine Verbreitung über alle Welttheile besitzt, sich am besten zum Leiborgan norddeutscher Annerionsgelüste eignet.

Um sicher und schnell die Dienste dieses Blattes zu erhalten, erlaubte sich ein preussischer Heerführer, nach Einmarsch preussischer Truppen in Leipzig und Dresden, einen — Uebergriff, indem er das für Preußen bestehende Verbot der „Gartenlaube“ auch auf Sachsen ausdehnte. Das wirkte, der Zweck war damit vollkommen erreicht, der Eigenthümer der „Gartenlaube“ eilte nach Berlin und das Blatt schrieb von nun an nur im Sinne Preußens, brachte Schilderungen in Bild und Wort nur von preussischen Heldenthaten, die freilich manchmal nur auf dem Papier stattgefunden haben, vernachlässigte aber ganz die vaterländischen Söhne und Streiter, — für die war nicht der geringste Raum vorhanden.

Geben wir nur wenige Jahre zurück, so war es die „Gartenlaube“, die jedes deutsche Fest in Bild und Wort verherrlichte. Wochen vorher schon brachte sie Abbildungen der Festhalle und dergleichen mehr; man erinnere sich nur des Bundeschießens zu Frankfurt, des Turnfestes in Leipzig, des Schützenfestes in La Chaux de Fonds, des Schützenfestes in Bremen und des Sängersfestes in Dresden.

Anders stand es mit dem 3. Deutschen Bundesschießen in Wien, das den schwarzweißen Gönnern der „Gartenlaube“ ein Dorn im Auge war, und sich deshalb auch ihrerseits nicht der geringsten Aufmerksamkeit zu erfreuen gehabt hat.

Jedermann (leider nicht A. d. R.) weiß aber jetzt nur zu gut, daß die „Gartenlaube“ unter dem Einfluß hoher Person steht und den Mantel nach dem Winde hängt; und so steht fest, wer ein „deutsches Volksblatt lesen will“, darf die „Gartenlaube“ nicht lesen.

Ein Arbeiter.

Verantwortlicher Redacteur: W. Liebknecht.

Redaktion: Braustraße 11.

Leipzig.

Druck und Verlag: G. W. Volkstath.

Expedition: Windmühlenstraße 14.